

## **Niederschrift**

über die Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

Datum: 14.01.2010

Ort: Beratungsraum Zi. 118 im Rathaus, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:30 Uhr - 17:25 Uhr

Vorsitz: Frau Bürgermeisterin Heidemarie Lüth

### **Beschlussfähigkeit**

Soll: 9 Stadträtinnen/Stadträte

Ist: 9 Stadträtinnen/Stadträte

### **Anwesenheit**

#### **Entschuldigt**

Frau Ines Saborowski-Richter CDU-Ratsfraktion Terminüberschneidung

#### **Stadtratsmitglieder**

Frau Dr. Heidi Becherer SPD-Fraktion  
Frau Wilma Kleinertz CDU-Ratsfraktion  
Herr Wolfgang Lesch Fraktion FDP  
Frau Christine Pastor Fraktion DIE LINKE  
Frau Susanne Schaper Fraktion DIE LINKE  
Frau Peggy Szymenderski SPD-Fraktion  
Herr Michael Walter CDU-Ratsfraktion  
Herr Andreas Wolf fraktionslos

#### **stellv. Ausschussmitglied**

Herr Joachim Höfler CDU-Ratsfraktion

#### **sachkundige Einwohner**

Herr Ralph Beckert  
Herr Peter Borm  
Herr Jens Heydecke  
Frau Kerstin Obermeyer  
Frau Dietlind Voigt

#### **beratend Teilnehmende**

Frau Petra Liebetrau Behindertenbeauftragte

#### **Bedienstete der Stadtverwaltung**

Herr Andreas Ehrlich Amtsleiter Amt 50  
Herr Hans-Jürgen Gehrmann Abteilungsleiter Abt. 53.1  
Herr Dr. Liebhard Monzer Amtsleiter Amt 53  
Frau Ina Platzer Abteilungsleiterin Abt. 50.2  
Frau Carola Pohlmann Sachgebietsleiterin SG 50.01  
Herr Michael Seidel Referent Dezernat 5  
Frau Dr. Nicola Wagner Sachgebietsleiterin SG 50.03

**Schriftführerin**

Frau Ingeburg Ludwig

Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

Die **Ausschussvorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Die in der Sitzung des Stadtrates am 16.12.09 berufenen sachkundigen Einwohnerinnen/Einwohner

Herr Ralph Beckert  
Herr Peter Borm  
Herr Jens Heydecke  
Frau Kerstin Obermeyer  
Frau Dietlind Voigt

werden auf der Grundlage des § 19 Abs. 1 und 2 SächsGemO von **Frau Bürgermeisterin Lüth** verpflichtet

Ich verpflichte Sie:

Wer eine ehrenamtliche Tätigkeit ausübt, muss die ihm übertragenen Aufgaben uneigennützig und verantwortungsbewusst erfüllen.

Der ehrenamtlich Tätige ist zur Verschwiegenheit über alle Angelegenheiten verpflichtet, deren Geheimhaltung gesetzlich vorgeschrieben, besonders angeordnet oder ihrer Natur nach erforderlich ist. Er darf die Kenntnis von geheim zuhaltenden Angelegenheiten nicht unbefugt verwenden. Diese Verpflichtungen bestehen auch nach Beendigung der ehrenamtlichen Tätigkeit fort.

Zusätzlich wird nach § 1 des Verpflichtungsgesetzes vom 9. März 1974 (BGBL. I S. 547) darauf hingewiesen, dass Sie als für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete private und Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die Ihnen anlässlich Ihrer Tätigkeit anvertraut oder sonst bekannt geworden sind, nicht unbefugt weitergeben dürfen und dass ein Verstoß den Tatbestand der §§ 203 und 353 b StGB erfüllen kann.

Mir ist bekannt, dass ich als ehrenamtlich Tätiger gemäß § 20 Absatz 3 der SächsGemO jeden Tatbestand, der Befangenheit zur Folge haben kann, vor Beginn der Beratung dieser Angelegenheit der/dem Vorsitzenden, sonst der Oberbürgermeisterin mitzuteilen habe.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 

Es liegen **keine** Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgestellt**.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich - vom 26.11.2009
- 

Gegen die Niederschrift sind **keine** zulässigen Einwendungen eingegangen. Sie gilt

somit als **genehmigt**.

---

4 Beratungsvorlage an den Sozialausschuss

---

4.1 Betrachtung von Handlungsansätzen zur Sicherung der Nahversorgung für Senioren im Stadtteil Yorckgebiet  
Vorlage: BR-010/2010

---

**Frau Platzer (Abteilungsleiterin Abt. 50.3)** stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die ersten Überlegungen zur Umsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes zur Sicherung der Nahversorgung für Senioren im Stadtteil Yorckgebiet vor und spricht zu folgenden Punkten:

- Fachkonzepte (Einzelhandel und Nahversorgung; soziale Infrastruktur)
- Ermöglichung von selbst bestimmter und eigenständiger Lebensführung in einer sich verändernden städtischen und gesellschaftlichen Umgebung (Leitlinie 1)
- Betrachtung von Handlungsansätzen zur Sicherung der Nahversorgung für Senioren im Stadtteil Yorckgebiet
- Stadtteilanalysen
- Betrachtung der Situation im Yorckgebiet
- Problembearbeitungs- und Lösungsmöglichkeiten

Abschließend informiert **Frau Platzer**, dass im Jahr 2010 der Punkt 3 der Leitlinie 1 - altersgerechte, d. h. vor allem erreichbare Nah- und Grundversorgung sichern – umgesetzt werden solle. Die Übersicht in der Abteilung Gewerbe- und Marktwesen sei vorhanden und bildet die Grundlage in der weiteren Arbeit. Darauf basierend sei eine Analyse erforderlich, in welchen Stadtteilen diese nicht mehr gewährleistet sei. In einer Arbeitsgruppe mit Vertretern der AWO e. V. und der Volkssolidarität e. V., des Amtes 50 und der Abt. Gewerbe- und Marktwesen werde am kommenden Dienstag der Sachverhalt erörtert und Versorgungslücken identifiziert. Dazu müsse im 1. Halbjahr eine Auswertung erfolgen und Prioritäten gesetzt werden.

**Herr Stadtrat Höfler (CDU-Ratsfraktion)** bezieht sich auf den Beschluss des Stadtrates im Jahr 2009, wonach eine vereinfachte Baugenehmigung für Neubauten von Lebensmittelmärkten mit einer Verkaufsfläche bis zu 800 m<sup>2</sup> nunmehr möglich sind. So werde in diesem Jahr im Ortsteil Erfenschlag ein Netto-Markt errichtet. Er regt an, dass die Leiter von Discountmärkten zu Beratungen der Arbeitsgruppe eingeladen werden sollten, um ihre Vorstellungen kennenzulernen.

**Frau Stadträtin Szymenderski (SPD-Fraktion)** interessiert, warum für die Analyse das Yorckgebiet ausgewählt wurde, weil in der Beratungsvorlage u. a. vom Wegfall der Tante-Emma-Läden gesprochen wird und dies für das Yorckgebiet noch nie zugetroffen habe. Ihrer Meinung nach sei das Yorckgebiet sowohl durch den ÖPNV als auch in der Nahversorgung gesichert.

**Frau Stadträtin Dr. Becherer (SPD-Fraktion)** fragt, ob außer dem Integrationsmarkt noch andere Modelle, wie die mobile Verkaufsstellen etc., in die Betrachtungen einbezogen werden.

Nach Auffassung von **Herrn Stadtrat Walter (CDU-Ratsfraktion)** gäbe es Stadtteile, wie z. B. Helbersdorf, in dem ein hoher Anteil älterer bzw. Menschen mit Behinderungen zu verzeichnen sei. Im Stadtteil Kappellenberg sei erkennbar, dass kaum noch eine Nahversorgung gewährleistet ist. Er fragt, wann die Stadtverwaltung etwas gegen diesen Zustand tue. Die Analysen bildet eine Grundlage, werde auch aktualisiert aber oftmals nicht umgesetzt. Er möchte im Zusammenhang mit dem SEKo wissen, wie flexibel die Konzepte sind, damit die Ansiedlung eines Lebens-

mittelmarktes möglich werde.

**Frau Obermeyer (sachkundige Einwohnerin)** bittet um weitere Ausführungen zu den Kriterien eines Integrationsmarktes.

**Frau Platzer** teilt mit, dass für die Facharbeit Sozialmanagement eine Modellanalyse beispielhaft an einem Stadtteil erörtert wurde. Ihre Abteilung sei die zuständige sozialplanerische Stelle im Amt, um auf Probleme aufmerksam zu machen und Bedarfe zu erschließen und dazu konzeptionelle Ansätze zu erstellen. Es bestehen Schnittstellen zu anderen Ämtern. Aus ihrer Sicht sei schwierig mit den bereits etablierten Nahversorgern zu kooperieren. Es gehe um die Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge. Im Einzelhandelskonzept seien zwei Ziele aber keine Maßnahmen beschrieben. In Bezug auf den Integrationsmarkt wurden eine Bedingungsrealisierbarkeitsanalyse und eine Matrixbewertung der Versorgungsmodelle erstellt. Sie bietet Frau Obermeyer eine Kopie von ihrer Facharbeit an.

**Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE)** bezieht sich auf die fußläufige Erreichbarkeit der Lebensmittelmärkte und weist darauf hin, dass die Wege dorthin oft nicht barrierefrei sind und nennt Beispiele dazu.

Auf die Frage von **Frau Szymenderski**, wer die Analyse für die anderen Stadtteile erstelle, teilt **Frau Platzer** mit, dass alle Stadtteile gemeinsam mit der Abteilung Gewerbe- und Marktwesen analysiert werden. Dabei solle die altersgerechte Wohnumfeldgestaltung sozialplanerisch beachtet werden.

**Herr Walter** konnte den Ausführungen von Frau Platzer entnehmen, dass die Umsetzung der Handlungsempfehlungen schwierig sei und regt aufgrund der unterschiedlichen Interessen der Ämter bzw. Personengruppen eine zentrale Koordinierungsstelle an.

**Herr Ehrlich (Amtsleiter Amt 50)** meint, dass sich das Amt 50 diesem Thema widme und als Schnittstellenfunktion betrachtet werden solle. Dabei hebt er die gute Zusammenarbeit mit der Abteilung Gewerbe- und Marktwesen hervor. Man dürfe keine Wunder erwarten, weil hier die Schnittstelle zwischen öffentlichem Dirigismus und freier Marktwirtschaft greife.

**Frau Bürgermeisterin Lüth** erklärt, dass die Nahversorgung der Bürger der Stadt in jeder Einwohnerversammlung einen Schwerpunkt bilde. Es sei ein Zentrenkonzept vorhanden. Die Oberbürgermeisterin verdeutlicht in den regelmäßigen Gesprächen mit den Leitern der Discountmärkte, dass aus dem erwirtschafteten Gewinn ein Teil zur Mitfinanzierung für Maßnahmen zum barrierefreien Zugang zum Nahversorger erwartet werde und dies ein Schwerpunkt in der Daseinsvorsorge darstelle. Das SEKo stelle die Voraussetzung für die fachübergreifende Arbeit in der Verwaltung dar.

---

5      Umsetzung des Konjunkturprogramms für Investitionen in Kommunen (K II)

**Herr Ehrlich (Amtsleiter Amt 50)** informiert, dass zur Umsetzung der Maßnahme Sanierung des Hauses Altendorfer Str. 98 am 29.12.2009 der Bauantrag gestellt wurde und die Ausschreibungen parallel zur Prüfung des Bauantrages beginnen. In der nächsten Woche finde eine Beratung mit den Firmen statt.

6 Informationsvorlage an den Stadtrat

---

6.1 Finanzcontrolling per 30.09.2009 einschließlich Abrechnung des 2. HSK  
Vorlage: I-042/2009 Einreicher: Dezernat 2/Amt 20

---

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7 Verschiedenes

---

7.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

---

**Herr Dr. Monzer (Amtsleiter Amt 53)** informiert, dass der Sachstand Schweinegrippe insgesamt einen unbefriedigenden Vorgang darstelle, der sich sowohl in der zu hohen Bereitstellung des Impfstoffes als auch in der Anzahl der geimpften Personen zum Ausdruck komme. **Herr Dr. Monzer** wird im Februar erneut dazu informieren.

7.2 Fragen der Ausschussmitglieder

---

Von den Ausschussmitgliedern werden keine Fragen gestellt.

8 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses - öffentlich -

---

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Frau Stadträtin Dr. Becherer (SPD-Fraktion)** und **Herr Stadtrat Wolf (fraktionslos)** bestimmt.

\* \* \*

**Frau Bürgermeisterin Lüth** schließt die Sitzung.

27.01.2010 Datum  
gez. Lüth  
Lüth  
Vorsitzende  
des Ausschusses

28.01.2010 Datum  
gez. Dr. Becherer  
Dr. Becherer  
Mitglied  
des Ausschusses

27.01.2010. Datum  
gez. Wolf  
Wolf  
Mitglied  
des Ausschusses

25.01.2010 Datum  
gez. Ludwig  
Ludwig  
Schriftführerin